

20. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.04.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Anregungen, Wünsche oder Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

**Gegenstand: Sicherheit flankierende Maßnahmen Speyer-Nord;
Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 19.10.2020
[Vorlage: 0645/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die mündliche Einführung erfolgt durch Herrn Haupt. Die Befindlichkeiten der Menschen im Stadtteil Nord werden nach wie vor als unerheblich abgetan. Er verweist auf einen aktuellen Bericht der Polizei in der Presse und auch auf eine Anfrage der AfD-Fraktion im Landtag sowie die Antwort dazu. Auf Anfragen der Stadtratsfraktion werde nicht oder ausweichend geantwortet bzw. direkt das Wort abgeschnitten. Dabei käme es ständig zu Einbrüchen, Bedrohungen und Messerstechereien.

Da die EU offenbar die Pandemie weiter bis 2023 plane, stellt sich zudem die Frage der Überwachung von Quarantänemaßnahmen.

Die Beantwortung erfolgt durch die zuständige Beigeordnete, Frau Münch-Weinmann:

zu Frage 1) Welche konkreten Maßnahmen zur Flankierung der polizeilichen Maßnahmen wurden angedacht und welche werden umgesetzt?

Wegen möglicher negativer Auswirkungen auf die hiesige Sicherheitslage durch die Bewohnerinnen und Bewohner der AfA steht die Stadt sowohl auf politischer Ebene als auch auf Arbeitsebene in ständigem Austausch mit der Einrichtungsleitung und der in der Einrichtung installierten EG Migration. Aktuell liegen uns keine signifikanten Erkenntnisse vor, welche auf eine besondere Gefährdungslage schließen lassen.

zu Frage 2) Wie und in welchem Rhythmus werden diese Maßnahmen evaluiert?

Polizei und Ordnungsbehörde tauschen sich bezüglich sicherheitsrelevanter Belange in dem grundsätzlich einmal im Monat stattfindenden Arbeitskreis Sicherheit aus.

Alle Neuankommenden in der Erstaufnahmeeinrichtung müssen zunächst in Quarantäne.

Herr Haupt erklärt, auch 3 Reihen Zäune verhindern Quarantäneverstöße nicht, weshalb die AfD ein Nachsteuern fordert.

**Gegenstand: Verlängerung der Freisitzsaison für die Speyerer Gastronomie;
Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 08.04.2021**
[Vorlage: 0656/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Oehlmann und ist im Wesentlichen gleich mit der vom ursprünglichen Antrag im Oktober 2020. Er zeigt sich optimistisch hinsichtlich der Wirkung der Impfkampagne bis Spätsommer. Es sollte auch eine Verkürzung der Sperrzeiten zugelassen werden, wenn geöffnet werden kann.

Herr Kübitz erklärt, gerade kleinere Betriebe leiden und sind in ihrer Existenz bedroht

Herr Popescu weist zunächst darauf hin, dass es Sperrzeiten nicht mehr gibt, nur noch die sog. Putzstunde. Der sei Antrag etwas irreführend, weil dieser damals auch den Einsatz von Heizpilzen zum Inhalt hatte. Sollte dies heute auch wieder gefordert werden, beantragt er getrennte Abstimmung, weil sich die Linke gegen Heizpilze ausspricht. Nach Ansicht der Vorsitzenden geht es nur um die Freisitzsaison.

Herr Oehlmann konkretisiert, die Verlängerung sollte inclusive einer kostengünstigen Beheizung ausgesprochen werden.

Frau Dr. Mang-Schäfer hat sich nur auf eine Verlängerung ohne Heizpilze vorbereitet, die begrüßt wird, weil sie Planungssicherheit für die Wirte bedeutet.

Dieser Antrag schafft aus Sicht von Frau Heller keine Planungssicherheit. Die Verwaltung war aufgefordert, Alternativen zu Heizpilzen mit den Gastronomen zu suchen. Die Grünen fordern ebenfalls, inhaltlich getrennt abzustimmen.

Nach Auffassung von Herrn Rottmann ist wohl allen bewusst, dass die Gastronomie am meisten unter Corona leidet. Er setzt seine Hoffnung auf September und Oktober. Im Fettdruck des Antrags sei nur von der Freisitzsaison die Rede, im vorletzten Satz der Begründung aber wird eine Verlängerung des Beschlusses vom Herbst gefordert. Er berichtet, dass die Verwaltung die Frage von Zelten sehr restriktiv gehandhabt hat, auch begründet mit Denkmalschutz. Man könnte da aus Sicht der CDU großzügiger verfahren.

Die Vorsitzende hofft dieses Jahr auf eine andere Entwicklung. Zelte werden insbesondere wegen der pandemischen Lage negativ beurteilt, da sie geschlossen wie ein Gastraum im Inneren wirken.

Frau Münch-Weinmann ergänzt, Heizpilze werden von der Verwaltung kritisch gesehen, wurden aber nicht verboten. Die Ausgabe von Decken wäre eine Alternative. Gewünscht wurden insgesamt kürzere Verweilzeiten. Heizpilze sind aus Sicht der Dezernentin keine Lösung.

Herr Ableiter sieht immer noch eine pandemische Lage, die für viele Gastronomen existenzbedrohend ist. Gaststätten sind nicht nur Orte des Konsums sondern auch Orte der Begegnung. Er kritisiert, dass Anträge immer undeutlicher formuliert und dann noch zerredet werden. Der zu beschließende Inhalt ist in der Beschlussformel zu fassen und nicht in der Begründung. Er persönlich ist kein Freund von Heizpilzen, sieht aber eine Sondersituation. Für ihn besteht kein Unterschied zwischen geschlossenen Zelten und der Innenraumgastronomie. Die FDP sollte ihren Antrag konkretisieren.

Herr Brandenburger geht davon aus, dass eine Verlängerung der Beschlussfassung einschließlich den Heizpilzen erfolgen soll, da man sich in einer Sondersituation befindet, weshalb die SPD zustimme.

Diese Maßnahme hilft laut Herrn Popescu nur Betrieben mit Außenbereichen. Für Gaststätten ohne die Möglichkeit verging ein weiteres Jahr, in dem keine Alternativen entwickelt wurden. Seit Frühjahr 2020 habe sich nichts getan diesbezüglich. Die Vorsitzende verweist auf die Vorgaben von Land/Bund.

Herr Oehlmann regt an, Kleinbetrieben die Möglichkeit einzuräumen, vielleicht 2-3 Stehtische vor dem Lokal aufstellen zu können. Die Ideen anderer Fraktionen sind ebenfalls gefragt.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass eine Beschlussfassung wie im Oktober 2020 seitens der FDP gewünscht ist. Eine Aufstellung von offenen Zelten als Wind- und Wetterschutz soll ermöglicht werden. Zur Beschlussfassung wird namentlich aufgerufen, die Frage der Heizpilze wird gesondert benannt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Beschluss zur Vorlage 0420/2020 vom 24.09.2020 zur Verlängerung der Freisitzsaison für die Speyerer Gastronomie wird bis zum Saisonbeginn 2022 verlängert.

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke stimmen jedoch einer Ausnahme von der Sondernutzungssatzung hinsichtlich des Einsatzes von gasbetriebenen, so genannten Heizpilzen in der Außengastronomie nicht zu (11 Stimmen).

**Gegenstand: Nutzung der Außensportplätze für Kinder- und Jugendtraining;
Prüfantrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 12.04.2021
[Vorlage: 0667/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Frau Hofmann. Kinder und Jugendliche sind im Speziellen von den Corona-Einschränkungen betroffen. Als Ausgleich für Onlinearbeiten und Schule zu Hause müssen Bewegungsmöglichkeiten verfügbar sein. Wünschenswert wäre ein Rundbrief der Stadt an die Vereine, um sich organisieren zu können, auch während der Sommerferien.

Frau Bürgermeisterin Kabs begrüßt diesen Prüfantrag, der sich aber in sich erledigt hat, weil die Stadt bereits so verfährt. Die Verwaltung bietet schon eine digitale Form zur Buchung von Hallen und Plätzen an, die wochentags von 17:00 bis 22:00 Uhr sowie sonn-/feiertags von 18:00 bis 22:00 Uhr gebucht werden können. Auch die Kleinspielfelder werden seit Pandemiebeginn unbürokratisch zur Verfügung gestellt, sofern die Corona-Verordnungen das zulassen. Das Angebot ist bei den Vereinen auch bekannt.

Angesichts dieser Verwaltungspraxis erübrigt sich auch für Herrn Popescu eine Beschlussfassung, wobei die Ausübung von Basketball schwierig bleibt. Er sieht die Probleme eher bei den Anwohnerinnen und Anwohnern, die sich über Lärm beschweren (Beispiel Doppelgymnasium).

Der Antrag kann laut Frau Dr. Mang-Schäfer auch Aufmerksamkeit erregen, insbesondere bei den Vereinen, die das Angebot noch nicht kennen.

Frau Kabs erläutert, die Verwaltung arbeite da sehr unbürokratisch, allerdings müsse die Ferienbetreuung auch mit den Hausverwaltern der Schulen abgestimmt werden. Man pflege gute Kontakte zu den Vereinen, mit denen man diesbezüglich in Verbindung steht.

Frau Hofmann freut sich über die Verwaltungspraxis und fragt zur Auslastung nach. Diese muss laut Frau Kabs erst noch abgefragt werden, vor allem am Wochenende bestehe aber hohe Nutzung. Dies könne mit dem Protokoll beantwortet werden.

Auf eine Beschlussfassung wird verzichtet.

[Protokollnotiz:]

Die Fachabteilung Schule und Sport teilt mit, dass die Außensportplätze zu circa 95 Prozent „buchungstechnisch“ ausgelastet sind. Eine exakte Statistik existiert nicht. Die tatsächliche Nutzung durch die Vereine liegt jedoch pandemiebedingt wesentlich niedriger, was von der Verwaltung aber nicht kontrolliert wird. Die Kleinspielfelder bei den Schulen werden unbürokratisch ad hoc durch die Schulhausverwalter vergeben. Auch hier kann keine genaue Angabe gemacht werden, weil hierzu keine offizielle Genehmigung erteilt wird und die Kleinspielfelder auch nicht über die Sportstättenverwaltung bebucht werden.

Die Vereine haben erfahrungsgemäß aktuell oftmals kein Interesse, Trainingszeiten für Kleingruppen anzubieten, weil niemand vor Ort die Verantwortung übernehmen möchte.

Gegenstand: Video- und Telefonkonferenzen - § 35 Abs. 3 GemO
Vorlage: 0668/2021

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende erläutert, dass die Thematik bereits ausführlich im Ältestenrat beraten wurde und man sich dort auf die vorgeschlagene Variante von Hybridsitzungen in der Aula der Universität für den Rat und die großen Ausschüsse verständigt hat, soweit technisch realisierbar.

Herr Dr. Wilke fragt nach, ob die Beschlussfassung auch die Ausschüsse umfasst. Außerdem möchte er wissen, was passiert, wenn alle Ratsmitglieder in die Präsenzsitzungen kommen wollen. In Ludwigshafen sind seines Wissens nur die Fraktionsvorsitzenden in Präsenz vor Ort.

Laut Vorsitzender sind in der Aula 49 Personen gleichzeitig unter Corona-Bedingungen möglich. Sie schlägt eine fraktionsweise Meldung vor, wer Online und wer vor Ort teilnimmt, insbesondere die, welche wiederholt technische Probleme haben/hatten.

Das Format kommt auch auf die Teilnehmenden an, so Frau Selg. Der Ausschuss für Digitales z.B. bleibt weitgehend digital. Es gilt, die digitale Teilwabe auszufüllen.

Herr Ableiter berichtet darüber, dass an der Universität bisher nur Erfahrungswerte mit kleinen Präsenzsitzungen oder vollen Hybridformaten bestehen, große Hybridsitzungen haben bisher nicht stattgefunden. Er würde Hilfestellungen durch die Stadt für die Wenigen, die echte technische Probleme haben, vorziehen. Außerdem bevorzugt er als Videoformat den Anbieter Zoom.

Herr Dr. Wilke unterstreicht den Wunsch des echten Treffens und erkundigt sich nach der Position des Stadtvorstandes. Die Sitzungsleitung wird selbstverständlich vor Ort sein, so die Vorsitzende.

Herr Haupt möchte wissen, ob man die Raumfrage nicht dem Bedarf (Teilnehmerzahl) anpassen kann. Bei 44 Ratsmitgliedern plus Referenten/Verwaltung ist das verwaltungsseitig nicht realisierbar, weil keine Räume in dieser Größe zur Verfügung stehen.

Beschluss:

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Aufgrund der anhaltenden Pandemielage beschließt der Stadtrat, dass die Stadtratssitzungen bis zu den rheinland-pfälzischen Herbstferien weiterhin per Video-/Telefonkonferenz stattfinden. Soweit es die technische Ausstattung zulässt, sollen die Sitzungen im Hybridformat stattfinden. Dieser Beschluss umfasst die Zustimmung, dass Beschlüsse des Stadtrats bis zu den Herbstferien mittels Video-/Telefonkonferenz gefasst werden können.

Gegenstand: Ergebnishaushalt 2020; Übertragung von nicht verbrauchten Mitteln des Jugendstadtrates des Haushaltsjahres 2020
Vorlage: 0646/2021

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist eingangs auf die Rahmenbedingungen infolge der Corona-Einschränkungen, die auch Auswirkungen auf die Arbeit des Jugendstadtrats (JSR) haben.

Soweit die Mittel als Pauschale zur freien Verfügung stehen, lehnt Herr Schneider eine Übertragung ab. Sollten die Gelder bereits für bestimmte Projekte gebunden sein, möchte er wissen, für welche. Weiterhin hinterfragt er die Zuwendungen an die Steuerungsgruppe „Stadt ohne Rassismus – Stadt mit Courage“ und das „Bündnis für Demokratie und Zivilcourage“, die keine städtischen Organisationen sind und deshalb Transparenz hinsichtlich des Umgangs mit Steuergeldern gefordert ist.

Die Vorsitzende und Frau Bürgermeisterin Kabs erläutern die Zuwendung als Pauschale für Projekte und vertrauensbildende Maßnahmen. Sie unterstreichen, dass der JSR verantwortungsvoll mit den Mitteln umgeht und das Vertrauen bestätigt wurde.

Frau Dr. Mang-Schäfer unterstützt seitens der SWG die Übertragung. Sofern schon bekannt ist, welchen Aktionen für 2021 geplant sind, wäre sie sehr interessiert daran; auch über eine Kontaktaufnahme online.

Der JSR wurde laut Herrn Ableiter vom Stadtrat eingerichtet und mit sehr bescheidenem Etat ausgestattet, dessen Verwendung die Jugendlichen selbst bestimmen. Auch diese sind von der Pandemie stark betroffen. Die BGS stimmt auch für eine Übertragung 2021 auf 2022, wenn notwendig.

Frau Kabs weist darauf hin, dass der JSR in jedem Jugendhilfeausschuss als TOP 1 steht und dort über seine Arbeit berichtet wird; Beispiel sei z.B. die Umfrage zum Thema Mobilität, über die in der Sondersitzung des Stadtrates zum Klimaschutz referiert wurde.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: WG Schneider, fraktionsloses Mitglied Kübitz und 1 Enthaltung: Haupt – AfD) die Übertragung von nicht verbrauchten Mitteln des Jugendstadtrates aus dem Haushaltsjahr 2020 in das Haushaltsjahr 2021.

Gegenstand: Umstrukturierung Postplatz;
Prüfauftrag Büro R+T (Darmstadt):
Präsentation Zwischenergebnis 3 Varianten
[Vorlage: 0635/2021](#)

Gegenstand: Informationen zum Nahverkehrsplan
[Vorlage: 0636/2021](#)

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift.

Die Vorsitzende verweist auf die umfangreichen Vorberatungen in den Fachgremien für Bauen und Verkehr; deshalb wurde auch das Planungsbüro nicht eingeladen. Dreh- und Angelpunkt ist dabei wiederum die Nahverkehrsplanung und damit das Henne-Ei-Prinzip. Die Eckpunkte, wie umgestaltet werden kann, muss der Rat beschließen.

Frau Dr. Mang-Schäfer erklärt, das Thema werde schon lang von der SWG vorangetrieben. Die Busgrößen werden einen erheblichen Einfluss auf die Variantengestaltung haben. Die Vorsitzende ergänzt, die Finanzierung auch.

Herr Dr. Wilke erinnert an die wertvolle Diskussion im Bauausschuss. Im Wesentlichen wurde das Gleiche gezeigt, das man letztes Jahr schon gesehen hat. Wichtig sei aber die Festlegung, wie es weitergeht und was die nächsten Arbeitsschritte sind; vielleicht wäre auch eine digitale Simulation möglich. Die Zahlen der Durchgangsverkehrsbelastung sind relativ alt, es wären neuere Daten wünschenswert. Auch die Haltestelle vor der VR-Bank sollte als weitere Variante betrachtet werden.

Die Vorsitzende legt dar, dass die man die Beschlussfassung zur Nahverkehrsplanung (TOP 8) als wichtige Voraussetzung für die Verkehrsführung dazu nehmen sollte, weil viel davon abhängt. Neuere Zahlen wurden im Ausschuss bereits zugesagt. Eine Visualisierung sei eine sehr gute Idee. Der Umbau des Eingangsbereichs der Postgalerie wird thematisiert.

Frau Heller möchte den letzten Nahverkehrsplan im Ratsinformationssystem hochgeladen haben, ebenso den Vortrag von Herrn Schmächtig. Außerdem sollten Daten zur Auslastung der einzelnen Linien zur Verfügung gestellt werden. Bei der Kalkulation der Finanzierung, auch für die Antriebstechniken, sollte nicht nur auf die Anschaffung abgestellt werden, sondern auf die gesamte Laufzeit.

Herr Kitzmann (Tiefbauabteilung) erläutert, dass die Veränderungsdaten gerade erarbeitet und dem Protokoll des ASBK beigefügt werden. Der bisherige Nahverkehrsplan ist von 2004 und nicht aus 2014, weshalb er im Ratsinfo noch nicht erfasst ist. Die Ergebnisse hinsichtlich der Betrachtung der Antriebstechnologien werden noch vor dem Sommer vorliegen. Laut Frau Heller sollten Wartungs- und Betankungskosten gegenübergestellt werden.

Herr Ableiter schließt sich den Fragen der Grünen vollumfänglich an. ÖPNV, Mobilität und Klimabeiträge sind Zukunftsthemen, aber auch ein gewaltiger Kostenbeitrag. Die Ratsmitglieder müssen sich nochmals intensiv mit der Thematik beschäftigen. Der Durchgangsverkehr spielt für ihn eher untergeordnete Rolle, da der Verkehr vor allem aus der Stadt kommt. Ausweichverkehr auf die Seitenstrecken wird zur Belastung für die Anwohnenden dort.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Bauausschuss über YouTube vollumfänglich abgerufen werden kann.

Herr Czerny erinnert daran, dass auch Gilgenstraße und der südliche Bereich der Bahnhofsstraße zum Postplatzumfeld gehören.

Auch Frau Dr. Mang-Schäfer empfiehlt, sich die Sitzung ASBK/VA unbedingt im Netz anzusehen. Interessant wäre auch ein AST-ähnlicher Verkehr in die Stadtteile bis zu einem größeren Sammelpunkt. Auch on-demand-Verkehr ist laut Vorsitzender denkbar. Herr Bühring (SWS GmbH) weist darauf hin, dass die Bedürfnisse der Stadt für den Bieter formuliert werden müssen. Ein modernes, zukunftsorientiertes Mobilitätskonzept besteht nicht nur aus einem Buslinienbündel. Ansatzweise ist so etwas schon mit der Mein-Speyer-App buchbar. In Neustadt wurde bereits ein entsprechendes Start-Up Unternehmen implementiert.

Herr Gottwald spricht von einem interessanten Versuch in der Nachbarstadt. Er erinnert an die Bedürfnisse von Menschen, die nicht auf das Fahrrad setzen können und sieht dies als Ergänzung zu Radverkehr und Linienbussen. Die Vorsitzende schlägt vor, sich aus Neustadt dazu berichten zu lassen.

Frau Dr. Montero Muth berichtet über eine sehr interessante Vorstellung im Aufsichtsrat. Sie möchte wissen, ob es Fördermöglichkeiten des Bundes dazu gibt. Aktuell ist laut Vorsitzender nichts bekannt. Neustadt fördert dies selbst als Projekt. Fördermittel werden in erster Linie für Maßnahmen mit Pilotcharakter vergeben, so Herr Bühring. Ein 7 1/2 Minuten-Takt erlaubt hohe Beförderungsraten, wobei die Hauptstraße aus seiner Sicht keine großen Busse verträgt. Entsprechende Forderungen sollte man auch an den VRN stellen.

Das Konzept Schmächtig hat Herrn Dr. Wilke als zu statisch und auf bisherigen Erfahrungswerten basierend wieder nicht überzeugt. In schwach ausgelasteten Zeiten oder auf Zubringerdiensten können auch andere Konzepte greifen. Auch in Mannheim ist das schon in einigen Stadtteilen möglich, man könnte deren Erfahrungswerte beiziehen. Die Nord-Süd-Verbindung über die Maximilianstraße sollte mit kleineren Fahrzeugen bedient werden.

Auch Frau Hofmann präferiert für die FDP wieder den Einsatz von Minishuttles über die Fußgängerzone, um den ÖPNV zukunftsorientiert und individuell zu gestalten. Sie erkundigt sich nach dem Finanzierungsmodell. Dieses finanziert sich laut Vorsitzender aus dem Budget, das die Stadt bereit ist, einzubringen. Dabei sind die ADD-KEF-Rahmen zu beachten. Grundsätzlich werden die Vorteile des VRN-Verbundes begrüßt, aber mit entsprechender Befreiheit für individuelle Entscheidungen. Die geforderten Daten werden in den nächsten Ausschüssen zur Verfügung gestellt. Es wird voraussichtlich keine staatlichen Zuschüsse dazu geben.

Laut Herrn Ableiter handelt es sich um Kosten, die die Stadt selbst zu tragen hat. Solche Kleinlösungen sind sinnlos teure Ausgaben durch den Personalaufwand, der entsteht, egal ob 50, 30 oder 5 Leute transportiert werden. Er setzt sich vielmehr für eine höhere Umstiegsquote aus SP-Nord durch ein verbessertes Busangebot ein. Hohes Passagieraufkommen existiert hauptsächlich in Stoßzeiten von Schulen oder Arbeitsplätzen. Unter Kosten-Effektivität sind Kleinfahrzeuge sicher keine Lösung. Die Vorsitzende verlangt Offenheit darüber, was man sich leisten will.

Herr Oehlmann fordert, ein attraktives und vernünftiges Angebot zu schaffen, das auch angenommen wird und nicht vollständig an den Kosten scheitern darf.

Gegenstand: Beleuchtung der Rampen Salierbrücke
Vorlage: 0639/2021

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Hofmann fragt nach, ob dies nicht zu 100 % Sache des LBM wäre. Die Vorsitzende informiert darüber, dass es 1 Jahr Arbeit bedeutet hat, den LBM davon zu überzeugen, sich mit 50 % an der Maßnahme zu beteiligen, weil sonst kein Bedarf gesehen wurde. Aufträge aus dem ASBK sind: nur den Weg unmittelbar zu beleuchten, der Einsatz von LED und evtl. die Steuerung über Bewegungsmelder.

Herr Ableiter bezeichnet es als extrem enttäuschend, dass Millionen für eine Brückensanierung investiert werden, Radfahrer und Fußgänger dann aber im Dunklen gelassen werden. Andererseits erfolgt die Finanzierung immer aus Steuermitteln, egal durch wen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: Kübitz – fraktionslos, und 2 Enthaltungen: AfD):

1. Die Verwaltung wird beauftragt die Vereinbarung mit dem Landesbetrieb Mobilität bezüglich einer Kostenbeteiligung abzuschließen.
2. Der Errichtung der Straßenbeleuchtung an den Rampen der Salierbrücke wird zugestimmt.

Gegenstand: Franz-Kirrmeier-Straße 19, Industriebhof Speyer
Vorlage: 0641/2021

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende informiert über ein anstehendes, nochmaliges Treffen mit den Eigentümern. Es werde noch vor dem Sommer eine Information darüber geben, wie es mit der Unterschutzstellung weitergeht.

Herr Lehr begrüßt die Entwicklung, äußert aber Bedenken wegen der Entwicklung der Mietsteigerungen der Räume für Kleingewerbe und Musiker. Die Vorsitzende fordert dazu auf, ein Augenmerk darauf zu haben und sich wegen erkennbarer Fehlentwicklungen frühzeitig mit der Stadt in Verbindung zu setzen.

Frau Dr. Mang-Schäfer zeigt sich erfreut darüber, dass ein alter Antrag der SWG nun endlich auf der Zielgeraden ist, verbunden mit der Hoffnung, dass sich das ganze Gebiet für Speyer gut entwickeln wird. Die Sanierung der Gebäude ist leider ein Muss.

Ein frühes Industriedenkmal bleibt erhalten, so Herr Ableiter. Von den neuen Eigentümern habe man sich Raum für die bisherigen Nutzer und gleichzeitig die Sanierung zusätzlicher Gewerberäume erhofft, aber leider geht die Entwicklung schon wieder in Richtung Luxuswohnungen. Aufgrund der historischen Vornutzung ist aus seiner Sicht aber kein Loft-Ausbau ohne Verstoß gegen den Denkmalschutz möglich.

**Gegenstand: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 053 A
"Bartholomäus-Weltz-Straße"
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 1 Abs. 3 BauGB
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3
Abs.1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und
sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.1 BauGB
[Vorlage: 0643/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Grünen haben sich laut Herrn Jaberg schon im Bauausschuss dazu geäußert, dass es ein fatales Signal sei, wenn ein kirchlicher Träger die Sozialquote nicht erfüllen will, daher werde man nicht zustimmen. Die Vorsitzende verweist darauf, dass das Vorhaben bereits vor Inkrafttreten des Bündnis-papiers beantragt wurde. Trotzdem hatte man verwaltungsseitig das Gespräch gesucht, da dies auch in anderen Bereichen funktioniert hat; hier allerdings erfolglos.

Herr Lehr äußert für die Linke, man sei ebenfalls sehr enttäuscht darüber, dass die Diakonie sich nicht freiwillig dazu verpflichtet. Dafür errichtet sie laut Vorsitzender eine komplett neue Kindertagesstätte.

Herr Feiniler begründet die Enthaltung im Ausschuss damit, dass es sich um kein städtebauliches Highlight in diesem Umfeld handelt. Er übt ebenfalls Kritik an der fehlenden Sozialquote. Die Baugesellschaften und einige Private gehen diesen Weg bereits, daher werde die SPD-Fraktion die Vorlage ablehnen.

Herr Dr. Wilke äußert sich sehr nachdenklich bis kritisch zur Sozialquote. Es darf keine Kreise ziehen, dass kleinere Objekte unter dem Radar durchrutschen. Allerdings rechtfertigen KiTa-Neubau und die Antragstellung von 2016 die Planung; zudem wären lediglich 2 Wohnungen in der Sozialbindung. Die Gestaltung der Fassade ist ein Hauptkritikpunkt der CDU. Die Verwaltung unternahm intensive Bemühungen, auch für 2 Wohnungen, so die Vorsitzende. Frau Welter (Stadtplanung) erläutert, dass das Vorhaben 3x im Gestaltungsbeirat behandelt wurde. Es wurde keine historisierende Fassadengestaltung, wohl aber eine Anpassung an das räumliche Umfeld gefordert. Ansonsten hat das Vorhaben sowohl Beirat wie Denkmalschutz passiert. Die Forderung einer Klinkerfassade sei an dieser Stelle schwer zu begründen.

Herr Czerny kritisiert wie üblich die Planung der Fahrradabstellplätze. Es sei nur eine minimale Fläche für 6 Fahrräder ausgewiesen, selbst die Mülleimer bekommen mehr Platz. Eine solche Planung kann nicht genehmigt werden, er fordert mindestens 18 gute Radabstellplätze, wie für Autos. Frau Welter erläutert, der Technikraum ist als hochwertiger Abstell- und Laderaum für E-Bikes vorgesehen.

Herr Ableiter thematisiert Zusagen des Vorgängers im Amt. Die Vorsitzende konkretisiert: Zusagen aus der Verwaltung, was die Geltung des Bündnis-papiers betrifft. Herr Ableiter insistiert, er habe keine Vollmacht an die Verwaltung erteilt, über sein Abstimmungsverhalten zu entscheiden. Die Gebäude gefallen ihm schlicht nicht. Zwar könne man keine Forderungen stellen, die bei Antragstellung noch nicht gegolten haben, er wird aber trotzdem nicht zustimmen.

Frau Dr. Mang-Schäfer stellt fest, dass es in direkter Umgebung keine Klinkerfassaden gibt, weshalb eine solche nicht gefordert werden kann. Man muss auch modernen Architekten die Chance geben, Akzente setzen zu können; man stelle sich vor, frühere Generationen hätten

auch so entschieden. Die SWG wird zustimmen, auch weil mit der Tiefgarage der Parkdruck entlastet wird.

Herr Oehlmann schließt sich dieser Argumentation seitens der FDP an. Er steht zwar nicht leidenschaftlich zu dem Projekt, sieht aber keine Möglichkeiten zum Eingreifen mehr.

Beschluss:

Der Stadtrat lehnt die Verwaltungsvorlage 0643/2021 mehrheitlich ab.
(22 Nein-Stimmen: SPD, B90/Grüne, AfD, Linke, BGS, Kübitz – fraktionslos; gegenüber 18 Ja-Stimmen: CDU, SWG, FDP, WG Schneider; bei 1 Enthaltung: F. Hinderberger - SPD).

Frau Bott hat an der Beratung und Beschlussfassung entsprechend § 22 GemO nicht teilgenommen.

Gegenstand: Information zum Stand der Machbarkeitsstudie zur Bewerbung um die Landesgartenschau 2026 – bisheriger Beteiligungsprozess und Entwurf zum Vorkonzept
[Vorlage: 0644/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende teilt einleitend mit, dass die Ideen im Bauausschuss bereits vorgestellt wurden. Man sei wegen der Corona-Pandemie in einem zeitlichen Verzug gegenüber der Ursprungsplanung. Demnächst werde ein Bauwagen im Stadtgebiet für zusätzliche Bürgerbeteiligung unterwegs sein.

Die Präsentation, die dieser Teilniederschrift beiliegt, wird durch die Vorsitzende vorgestellt. Es werde nicht mit landwirtschaftlichen Flächen geplant. Sie richtet den Appell an die Gemeinde Otterstadt, sich an der Planung zu beteiligen. Hergestellt werden soll eine Verknüpfung mit der Klipfelsau als eine Ankerfläche. Evtl. werden noch gesonderte Sitzung von ASUN, ASBK, JSR, etc. notwendig.

Herr Ableiter attestiert ein Scheitern von Anfang an, ohne jede Nachhaltigkeit. Den Sportplatz der Bundeswehr habe man verkommen lassen, um ihn abzureißen. Es gebe Zerstörung von Bauten, Infrastruktur und Sportplätzen, um danach ein Gewerbegebiet daraus zu machen. Hier gibt es auch keine Industriebrachen, die in lebenswerte Gebiete geändert werden könnten. Kritik übt er insbesondere auch an der Einbindung von Domgarten und Binsfeld, die bei gutem Wetter ohnehin rappellvoll sind. Dies zeige nur die Hilflosigkeit der Experten, um auf 20 ha zu kommen.

Die Vorsitzende stellt klar, es handle sich hier um einen Auftrag, der aus dem Stadtrat kommt; vielleicht sollten sich die Kritiker auch mal in den Informationsveranstaltungen aktiv einbringen.

Bürgerbeteiligung ist aus Sicht der Grünen sehr wichtig, so Frau Heller; beim Termin war nicht viel los, was möglicherweise auch dem digitalen Rahmen geschuldet ist. Sie bedauert, kaum kritische Stimmen gehört zu haben, z.B. für mehr Nachhaltigkeit oder aus der Landwirtschaft. Diese Bemühungen gilt es auch bei anderen Verfahren einzubringen, z.B. in der Verkehrsentwicklung. Die Vorsitzende korrigiert, es gab kritische Stimmen, auch aus der Landwirtschaft, aber es waren eben sehr wenig Beteiligte, welche ihre Beiträge eingebracht hätten. Deshalb werde mit dem Bauwagen nochmals eine Runde gedreht. Frau Heller möchte wissen, ob der Landwirt als Referent oder einfacher Teilnehmer gesprochen habe, dies mache einen Unterschied.

Herr Brandenburger zeigt sich für die SPD überrascht vom Verlauf der Diskussion. Es habe wiederholt Möglichkeiten der Beteiligung gegeben. Die Mitmachaktion war leider schwach besucht. Er hätte es begrüßt, wenn sich die heutigen Rednerinnen und Redner in die Diskussion eingebracht hätten. Die Aufteilung in zwei Flächen sei eben eine Herausforderung.

Frau Jawhari stand dem Projekt schon immer kritisch gegenüber und ist entsetzt über die Nennung des Domgartens. Man braucht nichts zu ändern, wo gar kein Bedarf ist. Die Vorsitzende konkretisiert, es gehe um die Rheinpromenade als mögliche LAGA-Fläche.

Auch Frau Dr. Mang-Schäfer vertritt eine grundsätzlich kritische Position und bezeichnet es als schade, dass sich nicht mehr Menschen eingebracht haben. Sie plädiert für einen Ausbau des Teilnahmeangebotes ohne uhrzeitgebundene Anwesenheitssitzungen, z.B.

digital. Die Vorschläge zeigen interessante Ansätze, sie ist seitens der SWG gespannt auf die Kosten.

Anders als andere war Frau Keller-Mehlem am 17.04. bei dem Termin mit enttäuschend wenig Interessierten dabei. Thema dieser Information ist eine ‚Machbarkeitsstudie‘, bei der man über die LAGA hinausdenken dürfe. Bürgerbeteiligungsprozesse muss man üben, um zu einem fruchtbaren Austausch zu kommen. Das gehe aber nur im Gespräch miteinander. Die CDU schlägt die Einbindung des Buntspecht-Projektes als Idee vor.

Die Vorsitzende wiederholt, die Verwaltung führe den Auftrag aus, den ihr der Stadtrat mehrheitlich erteilt hat. Die Machbarkeitsstudie wird die Stadt auf verschiedenen Ebenen bereichern. Gleichzeitig fordert sie alle zur Beteiligung auf, auch wenn man sich nicht mit dem Projekt anfreunden kann.

Laut Herrn Kübitz haben die Landwirte mit „Schweiß und Blut“ Bedenken um ihre Zukunft.

Aus der Erfahrung von Frau Trageser-Glaser wurde in 3 Gruppen durchaus kontrovers aber konstruktiv diskutiert. Man habe auch die Planer zum Nachdenken gebracht, z.B. mit einem hochwertigen Radweg von Nord zur Innenstadt im Grünen; solche Dinge seien nachhaltig. Im gegenwärtigen Stadium sind noch alle Gedankenspiele zugelassen. Auch sie fordert zur Beteiligung auf.

Für die AfD verbietet sich laut Herrn Haupt die Planung solcher Veranstaltungen in Pandemiezeiten, die von der EU bis einschließlich 2023 geplant sind und in denen die Grundrechte eingeschränkt werden.

Herr Spirk sieht eine große Möglichkeit, wie die Stadt von einem solchen Projekt profitieren könnte und verweist auf das Beispiel Landau. Notwendig sei die richtige Ansprache der Zielgruppen, z.B. auch durch ein kurzes Promotionsvideo.

20. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.04.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

Gegenstand: GML – Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH:
Bürgerschaftserhöhung
[Vorlage: 0652/2021](#)

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: AfD, und 1 Enthaltung: WG Schneider):

Der Bürgerschaftserhöhung der Stadt um 1.183.500,- € auf 5.444.100,- €, bei unverändertem Gesamt-Bürgschaftsrahmen der GML von insgesamt 130 Mio. €, wird zugestimmt. Der/die Vertreter/in in der Gesellschafterversammlung der GML wird ermächtigt, entsprechend abzustimmen.

Die Zustimmung des Stadtrates steht unter dem Vorbehalt, dass die ADD die ihr zur Prüfung vorgelegte Bürgerschaftserhöhung genehmigt.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 0654/2021

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion (05.):	<i>Friedel Hinderberger</i> (<i>unverändert</i>)	neu: Inge Trageser-Glaser für: Walter Langknecht
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion (05.):	neu: Walter Langknecht Dudenhofer Straße 2 für: Klaus Seither	<i>Maike Hinderberger</i> (<i>unverändert</i>)
Rechnungsprüfungsausschuss (17.):	neu: Johannes Gottwald für: Dominique Köppen	neu: Dr. Udo Zapf Ludwigstraße 36 für: Johannes Gottwald

mündliche Ergänzung in der Sitzung:

Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit (06.):	<i>Henri Franck</i> (<i>unverändert</i>)	neu: Jens Brückmann St.-Klara-Kloster-Weg 35 für: Hans-Uwe Gebhardt
--	---	---

20. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.04.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO;
[Vorlage: 0655/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

20. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.04.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

Gegenstand: Informationen der Verwaltung
Unterrichtungspflicht nach § 33 GemO, Berichtsjahr 2020
Schreiben Finanzministerium zur Resolution Gewerbesteuer
Kompensationszahlung Corona

Die Vorsitzende unterrichtet den Stadtrat entsprechend § 33 Abs. 2 GemO (Berichtsjahr 2020) über ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis von GEWO Leben gGmbH und Ratsmitglied Inge Trageser-Glaser sowie einen Jagdpachtvertrag der Bürgerhospitalstiftung mit Andreas Weiter (Mitarbeiter Forstbetrieb).

Zur Resolution des Rates vom Oktober 2020 hinsichtlich der Kompensationszahlungen des Bundes für Gewerbesteuerausfälle durch Corona und den Vergabeschlüssel des Landes Rheinland-Pfalz dazu ist [ein Schreiben der Finanzministerin](#) eingegangen, das als Anlage dieser Teilniederschrift beigefügt wird.

20. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.04.2021



20. Sitzung des Stadtrates 22.04.2021 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriadruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!